

Bebauungsplan Nr. 4 "Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf"
PLANZEICHNUNG Teil A



ZEICHENERKLÄRUNG zu Teil A

- 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB: Sonstiges Sondergebiet (SO-Technologie/PV-FFA) mit der Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage gem. § 11 Abs. 2 BauNVO, s. textl. Festsetzungen Pkt. 1.1 bis 1.3
- 2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB: Maximale Grundflächenzahl gem. §§ 16 und 19 BauNVO, s. textl. Festsetzungen Pkt. 2.1.1; Maximal zulässige Anlagenhöhe gem. § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO, s. textl. Festsetzungen Pkt. 2.1.2-2.1.3
- 3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 Abs. 1 u. 3 BauNVO: Baugrenze
- 4. VERKEHRSFLÄCHEN § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB: Straßenverkehrsflächen; öffentlich - Bestand, s. textl. Festsetzungen Pkt. 3.1; Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung privat, s. textl. Festsetzungen Pkt. 3.2 und 3.3; Radwanderweg, s. textl. Festsetzungen Pkt. 3.4; Ein- bzw. Ausfahrt und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen
- 5. GRÜNFLÄCHEN § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB: Grünfläche privat
- 6. FLÄCHEN FÜR WALD § 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB: Flächen für Wald
- 7. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25b BauGB: Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB, s. textl. Festsetzungen Pkt. 5; Maßnahmenfläche M1 - 5,00 m Heckenpflanzung, s. textl. Festsetzungen Pkt. 5.1.1; Maßnahmenfläche M2 - extensives Grünland, s. textl. Festsetzungen Pkt. 5.1.2; Maßnahmenfläche M3 - Entwicklung von Uferandstreifen, s. textl. Festsetzungen Pkt. 5.1.3; Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b
- 8. SONSTIGE PLANZEICHEN: Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gem. § 9 Abs. 7 BauGB

- NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN § 9 Abs. 6 BauGB: Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen; Bodendenkmal mit Fundplatzindex-Nr. (18744) des BLDAM; Gewässer II. Ordnung, Gräben; Hauptversorgungsleitung, Gas, unterirdisch; Hauptversorgungsleitung, Elektrizität, oberirdisch
- DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER: Flurstücksgrenze mit Flurstücksbezeichnung; Flurgrenze; Gemarkungsgrenze; Richtungsangabe; Schutzstreifen, 8 m Breite beidseitig der Hauptversorgungsleitung Gas
- KATASTERVERMERK: Gemeinde: Halenbeck-Rohlsdorf; Gemarkungen: Halenbeck Flur 108 und Rohlsdorf Flur 109; Die verwendete Planunterlage basiert auf Daten des Bauordnungsverfahrens (BOV) Halenbeck 4003F, enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die planungsrelevanten baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Bestandteile geometrisch eindeutig. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in der Örtlichkeit ist eindeutig möglich.

Teil B - TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB: 1.1 Sonstiges Sondergebiet SO/PV gem. § 11 Abs. 2 BauNVO; 1.2 Es wird ein Sonstiges Sondergebiet SO-Technologie/PV-FFA mit der Zweckbestimmung Technologiepark/Photovoltaik-Freiflächenanlage festgesetzt.
- 2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB: 2.1 Sonstiges Sondergebiet SO-Technologie gem. § 11 Abs. 2 BauNVO; 2.1.1 Für das Maß der baulichen Anlagen wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 festgesetzt; 2.1.2 Die maximal zulässige Höhe für Solarmodule beträgt 3,00 m und darf nicht überschritten werden. Als Bezugshöhe gilt das anstehende Gelände in Metern über NHN des amtlichen Bezugssystems DHHN2016; 2.1.3 Sonstige bauliche Anlagen innerhalb des Sonstigen Sondergebietes SO-Technologie dürfen folgende maximal zulässige Höhen nicht überschreiten: - Strom-, Wasserstoffspeicher, Nebengebäude, Schnellladeplätze, Trafostationen und Monitoringcontainer max. 3,00 m; - Wasserstofftankstelle, Kameramasten max. 5,00 m; Als Bezugshöhe für bauliche Nebenanlagen gilt das anstehende Gelände in Metern über NHN des amtlichen Bezugssystems DHHN2016; 2.1.4 Zwischen den Solarmodulen ist ein Modulreihenabstand von mind. 4,00 m einzuhalten; 2.1.5 In Ein-/Ausfahrtbereichen ist die beidseitige Errichtung eines Sicherheitszaunes im Bereich der Toranlage von je 20,00 Meter Länge zulässig. Darüber hinaus ist die Errichtung von Zaunelementen unzulässig. Die max. zulässige Bauhöhe der lichtdurchlässigen Zaunanlage beträgt 2,00 m mit zusätzlichem Übersteigenschutz. Im Bodenbereich ist eine Bodenfreiheit von mind. 15 cm sicherzustellen, damit Kleintiere dauerhaft Durchschlüpf finden. Als Bezugshöhe gilt das anstehende Gelände in Metern über NHN des amtlichen Bezugssystems DHHN2016; 2.1.6 Die zulässige Grundfläche für Nebengebäude beträgt max. 1.000 m². Die max. zulässige Grundfläche für Strom- und Wasserstoffspeicher, Betriebsgebäude der Wasserstoffelektrolyse sowie Schnelllader für Elektroautos beträgt max. 8.000 m². Die Errichtung ist ausschließlich innerhalb der Baugrenzen zulässig.
- 3. VERKEHRSFLÄCHEN, GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT: 3.1 Die innerhalb des Geltungsbereiches verlaufende Landesstraße L154 sowie die Gemeindestraßen werden als öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt und dienen sowohl als Zufahrt für den Solarpark als auch zur weiteren Nutzung durch Land- und Forstwirtschaft und des üblichen örtlichen Verkehrs; 3.2 Neu zu errichtende Wegflächen innerhalb des Geltungsbereiches sind mit einer maximalen Breite von 4,0 Metern, mit Ausnahme der Kurvenradien, in wassergebundener Bauweise (Schotterrecycling) herzustellen und werden als private Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt. Sie dienen der Zufahrt und Erschließung des Technologieparks sowie der Photovoltaik-Freiflächenanlage; 3.3 Private Verkehrsflächen im Umfeld von Nebengebäuden sowie der weiteren zulässigen Nutzungen innerhalb des SO-Technologiepark/PV-FFA dürfen ausnahmsweise als Fußversiegelung ausgebildet werden; 3.4 Innerhalb des SO-Technologiepark/PV-FFA werden private Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung als Radwege festgesetzt.
- 4. FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND WALD gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB: 4.1 Innerhalb des Sonstigen mit der Zweckbestimmung Sondergebietes Technologiepark/PV-FFA soll, neben den unter Punkt 1. aufgeführten zulässigen Nutzungen, auf den Ackerflächen weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung zulässig sein.
- 5. FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB: 5.1 Als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft wird die mit M1 bezeichnete Maßnahmenfläche festgesetzt. Innerhalb der Maßnahmenfläche M1 ist eine dreireihige Hecke aus gebietsheimischen und standortgerechten Gehölzen zu pflanzen. Die Pflanzung der Sträucher, innerhalb der Maßnahmenfläche M1, erfolgt in einem Pflanz- und Reihenabstand von 1,50 m, Str. 2xv. ohne Ballen 60-100 cm dreireihig sowie Heister in der mittleren Reihe mit einem Abstand von 15,00 m, bei 125-200 cm gem. empfohlener Pflanzliste für M1. Für die Pflanzung ist gem. DIN 18916 im ersten Jahr eine fertigstellungsphase vorzusehen sowie gem. DIN 18919 eine Entwicklungs- und Unterhaltungsphase im zweiten bis fünften Jahr durchzuführen. Empfehlung einer Artenliste für die Pflanzauswahl von Maßnahme M1: Art/Name der Sträucher: Crataegus monogyna Eingrifflicher Weißdorn; Betula pendula Sand-Birke; Crataegus laevigata Zweigrifflicher Weißdorn; Ulmus minor Feld-Ulme; Corylus avellana Haselnuss; Rosa canina Hundrose; Euonymus europaeus Pfaffenhütchen; Als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft wird die mit M2 bezeichnete Maßnahmenfläche festgesetzt und zu extensivem Grünland entwickelt. Die Maßnahmenfläche M2 entspricht dabei der Abgrenzung der SO-PV-Freiflächen und umfasst eine Größe von 198,53 ha. Innerhalb der Maßnahmenfläche M2 ist als Initiierung zunächst eine Einsaat aus Regiosaat-Mischungen (RSM Regio nach FLL) als Grundmischung vorzunehmen. Um Verletzungen des Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auszuschließen, sind die jährlich erforderlichen Pflegemaßnahmen in Abstimmung mit der UNB des LK Prignitz festzulegen. Um diese Abstimmung zu vereinfachen, ist, gem. den Ausführungen des Vorhabenträgers, auch die Einbindung der Überwachungskameras denkbar, hierzu liegen bereits Erfahrungen aus einer PV-FFA in Werneuchen vor. Die Mahd des Extensivgrünlandes ist ausschließlich mittels Messerbalken mindestens 10 cm über Geländeoberkante zulässig. Im Rahmen der Fertigstellungs- und Entwicklungsphase (1. - 5. Jahr) ist das anfallende Mahdgut, zur Auslagerung des Standort, von der Fläche zu beraumen ist. Im Rahmen der sich anschließenden Unterhaltungsphase ist je nach noch vorhandener Nährstoffverfügbarkeit im Boden und dem daraus resultierenden Aufwuchs höchstens 1x jährlich aber mindestens alle 3 Jahre eine Mahd durchzuführen. Die vom Vorhaben beanspruchten Flächen bestehen aus intensiv bewirtschafteten Ackerflächen. Im Bereich dieser Flächen soll zunächst eine Regiosaatmischung (FLL RSM Regio - Grundmischung) des Ursprungsgebietes 4 auf 50 % der Fläche ausgebracht werden, sodass auf den übrigen Flächenanteilen Selbstbegrünung stattfinden kann. Durch die Aufgabe der Ackerwirtschaft und Durchführung der Pflege wird sich rasch eine Auslagerung des von Natur aus armen Sandbodens stattfinden. Das Entwicklungsziel eines extensiven Grünlands wird aufgrund der Standortfaktoren begünstigt und ist mit 10-15 Jahren anzunehmen. Als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft wird die mit M3 bezeichnete Maßnahmenfläche festgesetzt und als Uferandstreifen der Dornitz entwickelt. Die Maßnahmenfläche M3 umfasst eine Größe von insgesamt 124,144,52 m². Zur Erreichung des Maßnahmenziels sind innerhalb von M3 eine Düngung sowie das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln unzulässig. Die Maßnahmeninitiierung soll durch Selbstbegrünung stattfinden und eine Pflege durch Mahd nach Ende der Brutzeit in Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde realisiert werden. Zur Reduzierung nicht dem Entwicklungsziel entsprechender Pflanzen sind ggf. in Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde und den Gewässerunterhaltern (WBV) Maßnahmen durchzuführen.

- 5.4 Als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft wird die mit M4 bezeichnete Maßnahmenfläche festgesetzt und als Wildruftalstreifen entwickelt. Die Maßnahmenfläche M4 umfasst eine Größe von insgesamt 444,501,78 m². Zur Erreichung des Maßnahmenziels sind innerhalb von M4 eine Kalkung, Düngung und das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie eine Mahd unzulässig. Als Ansatz ist eine standortspezifische Saatmischung regionaler Herkunft mit mehrjährigen Arten zu verwenden. In Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde kann auf eine Ansaat verzichtet werden. Eine Bodenbearbeitung in der Maßnahmenfläche M4 ist frühestens nach 3 Jahren zulässig, mit anschließender Bodenbearbeitung und Neuanfaat bzw. Selbstbegrünung auf derselben Fläche.
- HINWEISE: 1. Hinweise zum Denkmalschutz: Im Vorhabensgebiet sind derzeit keine Baudenkmale registriert, jedoch befinden sich im Bereich des Vorhabens archaische Fundstellen (Bodendenkmale). Nutzungsänderungen, Veränderungen und Teilerstörungen von Bodendenkmälen bedürfen gem. §§ 9, 19 / § 20 Abs. 1 einer denkmalrechtlichen Erlaubnis/Baugenehmigung. Im Erlaubnisverfahren wird der Grad der Beeinträchtigung der Bodendenkmale ermittelt. Durch den Vorhabensträger ist gem. § 19 Abs. 1 BbgDSchG ein Antrag auf Erteilung einer solchen Erlaubnis schriftlich mit den zur Beurteilung der Maßnahme erforderlichen Unterlagen bei der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises PR zu stellen. Im Falle eines Baugenehmigungsverfahrens ist der Antrag an die untere Bauaufsichtsbehörde zu richten. Da mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmälen zu rechnen ist, sind folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I. S. 215) zu beachten: Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archaischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, Wunsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT Wunsdorf und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises (Tel. 03876 / 715127, Fax 03846 / 713300) anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsorte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren. 2. Hinweise zum Munitionsschutz: Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel gefunden werden, ist es nach § 3 Absatz 1 Nr.1 der Ordnungsbehördenverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg-KampfmV) vom 23.11.1998, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II Nr. 30 vom 14.12.1998, verboten, entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Die Fundstelle ist gemäß § 2 der genannten Verordnung unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen. 3. Hinweise zum Artenschutz: V1-Bauzeitenregelung Brutvögel: Bei Umsetzung des geplanten Vorhabens ist zum Schutz der im Offenland lebenden, am Boden brütenden Vögel die gesamte Bauphase außerhalb der Brutzeit zu vollziehen und somit im Zeitraum vom 15.09. bis 28.02.02. eines Folgejahres, so dass dadurch keine baubedingten Störungen oder Beeinträchtigungen der festgestellten Arten entstehen können. Baumaßnahmen an einer Anlage können in die Brutzeit hinein fortgesetzt werden, wenn keine Bauberechnung von mehr als 7 Tagen stattfindet. V2 - Flächenfreigabe durch artenschutzfachliche Kontrolle: Sollte aus gewichtigen Gründen die Einhaltung von V1 nicht gewährleistet werden können, besteht die Möglichkeit, das Baufeld und die angrenzenden Flächen (vorhabensspezifischer Wirkraum) durch eine qualifizierte Fachkraft auf Vorkommen von Brutvögeln und anderen geschützten Tieren zu kontrollieren. Sollten dabei keine Nachweise artenschutzrelevanter Tierarten oder ihrer geschützten Lebensstätten erfolgen, kann unter Umständen (bei Negativnachweis) in Abstimmung mit der zuständigen UNB eine (Teil-)Freigabe zur Baufeldfreimachung oder zum Baubeginn erfolgen. V3 - ökologische Baubegleitung: Die gesamte Bauphase, beginnend mit Vorarbeiten und der Baufeldräumung bis zum Abschluss, ist in Form einer ökologischen Baubegleitung durch ausgebildetes Fachpersonal zu begleiten. Aufgabe der ökologischen Baubegleitung ist es, die Einhaltung der planfestgestellten Vermeidungs- und Minimierungs-, CEF- und FCS-Maßnahmen sicherzustellen und ihre ordnungsgemäße Durchführung zu kontrollieren. Die ökologische Baubegleitung nimmt an den Baubesprechungen teil, führt die erforderlichen Abstimmungen mit der zuständigen Behörde (UNB) durch und ist auf der Baustelle Ansprechpartner für naturschutzfachliche Fragen. Die Ergebnisse sind zu dokumentieren. Ergeben sich Hinweise auf Beeinträchtigungen von geschützten Arten ist in Abstimmung mit der UNB das weitere Vorgehen zu bestimmen. V4 - Maßnahmen zum Schutz der Knoblauchschröte: In Abschnitten mit Vorkommen der Knoblauchschröte muss die Durchführung von Bauarbeiten im Zeitfenster zwischen April und Oktober (während der Aktivitätszeit der Art) grundsätzlich in enger Zusammenarbeit mit der oBB erfolgen. 4. Hinweise zur Umweltüberwachung: Für die geplanten Pflanzmaßnahmen wird eine Pflege zur Fertigstellung gem. DIN 18916 festgesetzt. Nach Abschluss der Fertigstellungsphase im ersten Jahr gem. DIN 18916 ist im Anschluss eine Entwicklungsphase von 4 Jahren sowie eine Unterhaltungsphase bis zur Betriebseinstellung gem. DIN 18919 durchzuführen. Somit kann ein sicheres Anwachsen und eine gezielte Entwicklung gewährleistet werden. Darüber hinaus ist die Umsetzung des Pflegeregimes auf den einzelnen Maßnahmenflächen regelmäßig zu überwachen und das angestrebte Entwicklungsziel auf Erfolg zu überprüfen. Im Rahmen einer naturschutzfachlichen Begleitung des geplanten Vorhabens sind durch entsprechend fachkundige Personen regelmäßige Funktionskontrollen bezüglich der geplanten Maßnahmen durchzuführen, das schließt auch die Überwachung der Bauzeitenregelung sowie die Betreuung der Schutzzäune mit ein. 5. Hinweise zu Gewässern II. Ordnung: Gewässerkreuzungen bedürfen gemäß § 87 BbgVG der Genehmigung der unteren Wasserbehörde. Die Versiegelung des Bodens oder andere Beeinträchtigungen der Versickerung zur Grundwasserneubildung dürfen nur soweit erfolgen, wie dies unvermeidbar ist (§ 54 Abs. 3 BbgVG). 6. Hinweise zum Gehölzschutz: Die bestehenden Gehölzstrukturen sind bei Durchführung der Bauarbeiten vor Beschädigungen zu schützen. Für künftig geplante Gehölzrodungen ist ein Genehmigungsantrag bei der UNB des LK Prignitz zu stellen.
- RECHTSGRUNDLAGEN: 1. BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I. S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I. S. 4147) geändert worden ist. 2. BauNVO: Bauordnungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I. S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I. S. 1802) geändert worden ist. 3. PlanZV: Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichnungsverordnung in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I. S. 58), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I. S. 1057) geändert worden ist. 4. BNatSchG: Gesetz über Naturschutz und die Landschaftspflege - Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I. S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I. S. 3906) geändert worden ist. 5. BbgBO: Brandenburgische Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl./I/21, [Nr. 5]).

VERFAHRENSVERMERKE

Satzungsbeschluss / Ausfertigung (§ 10 BauGB)

Der Gemeindevertretung der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf hat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4 "Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf", bestehend aus Planzeichnung, Begründung inkl. Umweltbericht nebst Anlagen in der Fassung vom \_\_\_\_\_ mit Beschluss-Nr. \_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_ als Satzung beschlossen. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 4 "Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf" wird hiermit ausfertigt.

Meyenburg, den \_\_\_\_\_ Siegel \_\_\_\_\_ Amtsdirektor \_\_\_\_\_

Bekanntmachung / Inkrafttreten (§ 10 BauGB)

Der Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4 "Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf", bestehend aus Planzeichnung, Begründung inkl. Umweltbericht nebst Anlagen in der Fassung vom \_\_\_\_\_ sowie die Stelle, bei der der Bebauungsplan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über dessen Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am \_\_\_\_\_ ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214, § 215 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 4 "Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf" wird hiermit als Planzeichnung, Begründung inkl. Umweltbericht nebst Anlagen in der Fassung Satzung vom \_\_\_\_\_ tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Meyenburg, den \_\_\_\_\_ Siegel \_\_\_\_\_ Amtsdirektor \_\_\_\_\_



BP Nr. 4 "Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf"

VE (§ 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB)

Stand: November 2021 M 1:5.000

k.k-RegioPlan  
Büro für Stadt- und Regionalplanung

Dipl.Ing. Karin Kostka  
Doerfelstraße 12  
16928 Pritzwalk

Tel.: 03395 / 303996  
Fax: 03395 / 302338  
Mobil: 0172 9333842  
e-mail: kk-regioplan@gmx.net